

Wie die Krise der Liquidität Wirtschaft und Staat herausfordert



Zahlungsausfälle, Schulden und Stellenabbau: Wie die Krise der Liquidität Wirtschaft und Staat herausfordert

Dirk Stein

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland bleibt angespannt: Steigende Insolvenzen, stagnierende Einkommen, hohe Außenstände – und ein Schuldenstand von Bund, Ländern und Kommunen, der sich wieder oberhalb der 2-Billionen-Euro-Grenze bewegt. Die gleichzeitige Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit im privaten, unternehmerischen und staatlichen Sektor lässt kaum Spielraum für Entlastung – weder durch Investitionen noch durch Lohnzuwächse.

Anstieg der Regelinsolvenzen: Warnsignal aus der Realwirtschaft

Nach Angaben des [Statistischen Bundesamts \(Destatis\)](#) ist die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen im September 2025 um 10,4#% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Im Juli lag das Plus sogar bei 13,4#%, mit insgesamt 2.197 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen. Die Schadenssumme für Gläubiger betrug im Juli 3,7#Mrd.#Euro – ein Anstieg um rund 15#% im Vergleich zum Vorjahr.

Besonders betroffen: die Branchen Verkehr und Lagerei (12,7 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen), Gastgewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen wie Zeitarbeit. Diese Sektoren eint ein hoher Liquiditätsbedarf bei gleichzeitig niedrigen Margen – eine Kombination, die in der aktuellen Phase steigender Finanzierungskosten und Zahlungsverzögerungen besonders riskant ist.

Wachsende Schulden, stagnierende Einnahmen: Auch der Staat unter Druck

Nicht nur Unternehmen leiden unter steigenden Forderungsausfällen – auch der öffentliche Gesamthaushalt kämpft mit Schulden. Aus dem jüngsten Statistischen Bericht ([Statistischer Bericht VJ Schulden](#)) geht hervor, dass die Gesamtschulden von Bund, Ländern und Gemeinden (einschl. Extrahaushalte) erneut gestiegen sind und sich Ende Q2/2025 auf rund 2,42 Billionen Euro beliefen – rund 4,2#% mehr als im Vorjahresquartal.

Besonders auffällig: Der Bund allein ist für mehr als 62#% der Gesamtverschuldung verantwortlich, während die Länder teils erhebliche Rückstände bei Investitionen aufweisen, um Schuldenbremsen einzuhalten – ein Dilemma mit Folgen für Infrastruktur, Digitalisierung und kommunale Wirtschaftsförderung.

Privatverschuldung als Frühwarnsystem

[Der aktuelle Qualitätsbericht zur Überschuldungsstatistik 2024](#), veröffentlicht im Juni 2025, zeigt eine deutliche Belastung der Haushalte. Insgesamt wurden rund 182.000 Personen von 737 Schuldnerberatungsstellen gemeldet – Tendenz steigend. Die zunehmende Inanspruchnahme von Beratungsdiensten verweist auf anhaltende

Konsumprobleme, Mietrückstände und Zahlungsunfähigkeit im Alltag.

Diese Entwicklung betrifft insbesondere den Handel und Dienstleister mit Ratenmodellen – eine zentrale Ursache für stagnierende Zahlungseingänge im B2C-Segment.

Folgen für Unternehmen: Kosten, Kürzungen, Krisenmodus

In Kombination mit dem gestiegenen Aufwand für Mahn- und Inkassoverfahren – u.#a. durch das Kostenrechtsänderungsgesetz 2025 – ergibt sich für viele Unternehmen eine kritische Gemengelage:

- Längere Zahlungsfristen und mehr Ausfälle führen zu Liquiditätsengpässen.
- Rechtsverfolgung wird teurer – durch höhere Gerichts- und Vollstreckungskosten.
- Personalbudgets schrumpfen – laut IW-Umfrage planen vier von zehn Unternehmen 2025 einen Stellenabbau, vielfach begründet mit unsicheren Zahlungseingängen.

Die Folge: Gehaltsrunden fallen aus, Weiterbildungen werden gekürzt, offene Stellen nicht besetzt – ein klares Signal für den Rückzug aus der aktiven Investitionspolitik.

Ein System unter Spannung

Die Gleichzeitigkeit von steigenden Insolvenzen, wachsender Privat- und Staatsverschuldung sowie zunehmendem Kostendruck im Forderungsmanagement wirkt sich wie ein Engpasssystem auf die deutsche Wirtschaft aus.

Was bei den Verbrauchern mit Mahnungen beginnt, endet bei Unternehmen mit Stellenstreichungen – und beim Staat mit steigender Kreditaufnahme. In dieser Lage droht eine weitere Schwächung der Binnenkonjunktur und ein Rückstau bei strukturellen Reformen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946635/Zahlungsausfaelle-Schulden-und-Stellenabbau-Wie-die-Krise-der-Liquiditaet-Wirtschaft-und-Staat-herausfordert/>